

Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz



Nr. 25 – Mainz, 1.8.2007

Polizei will besser bezahlt werden **GdP startet Plakataktion**

Mit einer Plakataktion in allen Polizeidienststellen des Landes macht die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf ihre Forderung aufmerksam, die Beamtinnen und Beamten der Polizei höher zu besolden.

Seit Monaten schwelt der Konflikt zwischen der Regierung und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes des Landes. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als Spitzenorganisation für den Beamtenbereich und die Gewerkschaft der Polizei hatten ebenso wie die übrigen Gewerkschaften schon vor Wochen ihre Forderung auf den Tisch gelegt. Danach wollen die Beamtinnen und Beamten nach erheblichen Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld und zwei Nullrunden seit 2004 in diesem Jahr endlich wieder ein Plus bei ihrer Besoldung sehen. Konkret geht es um Einmalzahlungen gestaffelt von 450 - 900 Euro für das Jahr 2007 und ab 2008 um eine lineare Anhebung der Bezüge um 2,9 Prozent.

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach: „Gesetzliche Regelungen in vergleichbare Größenordnungen haben inzwischen der Bund die meisten anderen Bundesländer für ihre Beamtinnen und Beamten auf den Weg gebracht. Zudem entspricht die Forderung der Gewerkschaften für den Beamtenbereich exakt dem Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, den Ministerpräsident Kurt Beck mitverantwortet.“

Bei den rund 65.000 Beamtinnen und Beamten des Landes zeigt der Landesvater sich bisher mehr als knauserig. Nur um 0,5 Prozent soll ihre Besoldung angehoben werden, bei den mehr als 30.000 Versorgungsempfängern, also den schon in Ruhestand befindlichen Landesbeamtinnen und -beamten, würde die knappe Erhöhung auch noch mit einer gleichzeitigen Absenkung der Versorgung verrechnet und im Ergebnis auf Null gestellt.

Rund 9.000 ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte sorgen für die öffentliche Sicherheit im Land. Von der Besoldungserhöhung würden auch die 850 in Ausbildung stehenden Polizeianwärterinnen und -anwärter sowie die rund 250 Verwaltungsbeamtinnen und -beamten profitieren.

Die Plakataktion ist ein Teil der bereits angelaufenen Mobilisierungskampagne der Gewerkschaften bei den Beschäftigten. Bis in den Herbst hinein werden sich begleitend zum Gesetzgebungsverfahren Protestaktionen anschließen. Der Ministerrat will bis Ende August einen Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung verabschieden. Dann wäre das Parlament am Zug.